

# Die Biogasanlage ist Geschichte

## Mehrheit für Abbruch des Verfahrens

(Bruchköbel/jgd) – Die anwesenden rund 100 Zuschauer mussten bis gegen Mitternacht ausharren, als endlich der Beschluss zur Biogasanlage zur Abstimmung kam. Aber dann ging es schnell: Das Thema „Biogasanlage“ ist für Bruchköbel Geschichte. Am Dienstag beerdigte die Stadtverordnetenversammlung das laufende Planfeststellungsverfahren für den Rossdorfer Standort. Die Mehrheit von CDU, BBB und FDP reichte dazu aus. Die SPD enthielt sich der Stimme. Nur die Grünen hatten bis zum Schluss für die Fortsetzung des Verfahrens geworben. Noch nicht einmal für den ursprünglich im Antrag enthaltenen Passus, an anderer Stelle einen geeigneten Standort zu suchen, wollten sich CDU, BBB und FDP am Ende noch erwärmen. Man einigte sich auf eine Zweipunkte-Aussage, nach der die Stadtverordneten zwar weiterhin „nachdrücklich“ die Nutzung von Biogas befürworten,

der Aufstellungsbeschluss zur Biogasanlage Rossdorf aber aufgehoben wird. Reiner Keim (CDU) hatte zuvor seine Ansicht betont, dass eine Biogasanlage der Rossdorfer Dimension wahrscheinlich „im ganzen Main-Kinzig-Kreis“ nicht realisierbar sei. Die zutage getretenen Fakten, wie etwa das Fehlen eines Verfahrens nach Immissionsschutzgesetz, legten den Verzicht auf das Projekt nahe. Erster Stadtrat Uwe Ringel betonte demgegenüber seine Ansicht, dass die Niederschlagung des Projektes nicht nach objektiven, sondern nach rein subjektiven Kriterien erfolge, denn die bisher vorliegenden Gutachten würden den Bau durchaus ermöglichen. Mit dem Beschluss bleibe nur noch ein „Lippenbekenntnis“ übrig, so Harald Wenzel von den Grünen enttäuscht, denn eine neue Standortsuche werde ausgeklammert. – Zu einem anderen, bislang eher hypothetischen Projekt rund um das Thema

erneuerbare Energien wollte die Versammlung keinen neuen Beschluss fassen: BBB und FDP hatten mit einem Antrag gegen mögliche Windkraftanlagen nördlich von Rossdorf nachfassen wollen – die Stadt solle sich gegen die Errichtung solcher Anlagen aussprechen und auch kein Einvernehmen für deren mögliche Errichtung erteilen. Dieser Antrag fand jedoch keine Zustimmung bei CDU, SPD und Grünen. Indes ist derzeit ohnehin nicht klar, ob die Windkraftstellplätze im Bruchköbeler Bereich überhaupt kommen. Die Gesamtplanung für die Region ist im Regionalverband erneut in der Diskussion. – Auf eher leisen Sohlen scheint es dagegen bei dem Projekt „Solaranlagen“ auf der alten Mülldeponie voranzugehen. Im Ausschuss hatte der Erste Stadtrat Uwe Ringel zuletzt bekannt gegeben, dass sich die Verpachtung des Geländes an einen Investor, der eine Photovoltaikanlage bauen will, abzeichnet.